



An den Grossen Rat

17.5372.02

WSU / P175372

Basel, 15. November 2017

Regierungsratsbeschluss vom 14. November 2017

Interpellation Nr. 122 Stephan Mumenthaler betreffend neuer Verwaltungsrat und CEO-Wechsel in den IWB

(Eingereicht vor der Grossratssitzung vom 8. November 2017)

„Am Mittwoch, 25. Oktober 2017, wurden die Wechsel im Verwaltungsrat und an der operativen Spitze der IWB überraschend kommuniziert. Weit über die Grenzen Basels erregten diese Änderungen Aufsehen. Neu soll der ehemalige SBB-Generaldirektor Benedikt Weibel bis Ende 2018 den Verwaltungsrat präsidieren, während der ehemalige Verwaltungsratspräsident Michael Ship-ton – wie es offiziell heisst – „nicht mehr für eine Wiederwahl zur Verfügung stand“. Als Grund wurden von den IWB „unterschiedliche Auffassungen innerhalb des Verwaltungsrats in Führungsfragen“ genannt. SP-Regierungsrat Christoph Brutschin erwähnte am gleichen Tag in einem Interview mit einer Lokalzeitung, dass ihm gegenüber der gleiche Grund genannt wurde und er dies „respektiere“. Auch CEO David Thiel verlässt das Unternehmen. Die interimistische Nachfolge übernimmt sein Stellvertreter Claus Schmidt per 15. November 2017. Wiedergewählt wurden Mir-jana Blume, Monika Näf, Beat Jans und Rudolf Rechsteiner. Neu gewählt wurden Regula Dietrich und Stephan Renz. Frau Dietrich hat einen beachtlichen Hintergrund in der Konsumgüterbranche und Herr Renz kommt aus der Beratung für Energiewirtschaft. Nicht wiedergewählt wurden Bernhard Madörin und Aeneas Wanner. Da nicht wie bisher der Grosse Rat, sondern die Regierung den Verwaltungsrat der IWB für die Amtszeit 2018 bis 2021 wählt und die Kriterien im Gesetz klar erläutert sind, stellen sich im Zusammenhang mit den radikalen Wechseln bei den IWB folgende Fragen, um deren Beantwortung ich die Regierung hiermit bitte:

1. Kann der Regierungsrat die „unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Verwaltungsrats in Führungsfragen“ konkretisieren?
2. Seit wann war sich die Regierung dieser „unterschiedlicher Auffassungen innerhalb des Verwaltungsrats in Führungsfragen“ bewusst?
3. Falls es vor der offiziellen Kommunikation war: Wieso wurde die Öffentlichkeit nicht früher informiert?
4. Wurden diese Auffassungen bei der Neubesetzung des Verwaltungsratspräsidiums vor gerade mal zwei Jahren nicht ausreichend geklärt?
5. Wie rechtfertigt der Regierungsrat den Umstand, dass der Öffentlichkeit während eines Monats die Information vorenthalten wurde, dass der Verwaltungsratspräsident mit sofortiger Wirkung zurückgetreten ist?
6. Steht der Abgang des CEO in einem Zusammenhang mit dem Abgang des VRP und wenn ja, in welchem?
7. Von den sieben neu bestimmten Mitgliedern des Verwaltungsrats sind drei prominente Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP), die Parteizugehörigkeit der übrigen vier Mitglieder ist nicht allgemein bekannt. Mit Aeneas Wanner schied ein GLP-Mitglied

und mit Bernhard Madörin ein alt-Grossrat der SVP aus dem Verwaltungsrat, womit die SP nun die einzige politische Kraft im Verwaltungsrat der IWB darstellt. Wie ist diese Asymmetrie seitens Regierung zu rechtfertigen, insbesondere vor dem Hintergrund der Entpolitisierung des Verwaltungsrates gemäss PCG-Richtlinien?

8. Der zuständige Regierungsrat argumentierte gegenüber den Medien unter anderem mit der Frage des „Quotenproblems“. Wieso wirkte sich dieses „Quotenproblem“ nur bei Aeneas Wanner und Bernhard Madörin aus, nicht jedoch bei den drei ausschliesslich männlichen SP-Vertretern?
9. Wie begründet der Regierungsrat die Einsetzung eines Verwaltungsratspräsidenten ohne Branchenerfahrung?
10. Kann davon ausgegangen werden, dass es sich lediglich um eine Interims-Lösung handelt und nach dem 31.12.18 eine Person mit Branchenerfahrung eingesetzt wird?
11. Erachtet der Regierungsrat die Ämterkumulation von Herrn Weibel nicht als problematisch? Wenn nein, warum nicht?“

Wir beantworten diese Interpellation wie folgt:

1. *Kann der Regierungsrat die „unterschiedlichen Auffassungen innerhalb des Verwaltungsrats in Führungsfragen“ konkretisieren?*

Nein, das kann er nicht, weil er sonst Inhalte vertraulicher Diskussionen im IWB-Verwaltungsrat weitergeben würde, wozu er nicht befugt ist.

2. *Seit wann war sich die Regierung dieser „unterschiedlicher Auffassungen innerhalb des Verwaltungsrats in Führungsfragen“ bewusst?*

Der Vorsteher des zuständigen Fachdepartements trifft sich mindestens einmal pro Quartal mit dem Verwaltungsratspräsidenten der IWB zu einem mehrstündigen Austausch. Im Jahr 2017 geschah dies häufiger. Von daher war der Regierungsrat über die Entwicklung im Bild.

3. *Falls es vor der offiziellen Kommunikation war: Wieso wurde die Öffentlichkeit nicht früher informiert?*

Dem Regierungsrat wäre nicht bekannt, dass irgendeine Unternehmung laufende interne Diskussionen innerhalb ihrer Führungsgremien öffentlich machte – kommuniziert werden üblicherweise Ergebnisse und nicht Prozesse. Daran haben sich jetzt auch die IWB und der Regierungsrat gehalten.

4. *Wurden diese Auffassungen bei der Neubesetzung des Verwaltungsratspräsidiums vor gerade mal zwei Jahren nicht ausreichend geklärt?*

Die Frage erweckt den Eindruck, es hätten unterschiedliche Auffassungen zwischen dem Verwaltungsratspräsidenten und dem ihn wählenden Regierungsrat bestanden; dem ist abschliessend nicht so. Im Übrigen liegt es in der Natur der Sache, dass Auffassungsunterschiede, die sich in Gremien von Organisationen als Folge der erforderlichen Führungsarbeit ergeben, nicht im Voraus antizipiert werden können.

5. *Wie rechtfertigt der Regierungsrat den Umstand, dass der Öffentlichkeit während eines Monats die Information vorenthalten wurde, dass der Verwaltungsratspräsident mit sofortiger Wirkung zurückgetreten ist?*

Die Leitung des IWB-Verwaltungsrats war durch die Vize-Präsidentin, welche vertieft in den Prozess involviert war, jederzeit sichergestellt, weshalb der Regierungsrat dann kommunizierte, als die Nachfolge geregelt war. Im Übrigen verweisen wir auf die Antwort zur Frage 3.

6. *Steht der Abgang des CEO in einem Zusammenhang mit dem Abgang des VRP und wenn ja, in welchem?*

Gemäss § 10 Abs. 2 lit. b IWB-Gesetz fällt es in den abschliessenden Aufgabenbereich des IWB-Verwaltungsrates, die Mitglieder der Geschäftsleitung zu wählen. Wie in der Antwort zu Frage 1 erwähnt, unterliegen die Verhandlungen jenes Gremiums der Vertraulichkeit.

7. *Von den sieben neu bestimmten Mitgliedern des Verwaltungsrats sind drei prominente Mitglieder des Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SP), die Parteizugehörigkeit der übrigen vier Mitglieder ist nicht allgemein bekannt. Mit Aeneas Wanner schied ein GLP-Mitglied und mit Bernhard Madörin ein alt-Grossrat der SVP aus dem Verwaltungsrat, womit die SP nun die einzige politische Kraft im Verwaltungsrat der IWB darstellt. Wie ist diese Asymmetrie seitens Regierung zu rechtfertigen, insbesondere vor dem Hintergrund der Entpolitisierung des Verwaltungsrates gemäss PCG-Richtlinien?*

Die vom Interpellanten erwähnte „Entpolitisierung“ findet ihren Niederschlag in § 9 Abs. 3 des IWB-Gesetzes, wo unter anderem festgehalten ist, dass VR-Mitglieder der IWB nicht gleichzeitig der baselstädtischen Exekutive oder Legislative angehören dürfen. Zu Fragen der Parteizugehörigkeit von Verwaltungsratsmitgliedern äussert sich das Gesetz nicht. Die Kriterien für die Besetzung des IWB-Verwaltungsrates sind darüber hinaus in der Eigentümerstrategie des Regierungsrates für die IWB festgelegt. Die zu Verwaltungsrätinnen bzw. Verwaltungsräten der IWB gewählten Personen erfüllen diese Kriterien und damit die notwendige fachliche Qualifikation, um das Amt entsprechend dem gesetzlichen Auftrag an die IWB und im Interesse des Unternehmens auszuüben.

8. *Der zuständige Regierungsrat argumentierte gegenüber den Medien unter anderem mit der Frage des „Quotenproblems“. Wieso wirkte sich dieses „Quotenproblem“ nur bei Aeneas Wanner und Bernhard Madörin aus, nicht jedoch bei den drei ausschliesslich männlichen SP-Vertretern?*

Der Interpellant redet von einem „Quotenproblem“. Ein solches erkennt der Regierungsrat nicht, sondern eine wertfreie Vorgabe des Gesetzgebers, die er umgesetzt hat. Welcher Mann dabei durch eine Frau zu ersetzen ist, hat der Regierungsrat nach bestem Wissen und Gewissen und entlang den Anforderungen an die Breite der Qualifikationsprofile unter den verschiedenen IWB-Verwaltungsratsmitgliedern umgesetzt.

9. *Wie begründet der Regierungsrat die Einsetzung eines Verwaltungsratspräsidenten ohne Branchenerfahrung?*

Nach Ansicht des Regierungsrates steht für die strategische Führung der IWB nicht die direkte Branchenerfahrung im Vordergrund (über eine solche verfügte beispielsweise auch der frühere IWB-Verwaltungsratspräsident Jens Alder nicht), sondern die Erfahrung in der Führung von Versorgungs- und Infrastrukturunternehmen mit hoher Anlageintensität und damit einhergehenden grossen Fixkostenblöcken. Über solche Erfahrung verfügt der neue Verwaltungsratspräsident reichlich. Er ist darüber hinaus sehr vertraut mit der Führung von Unternehmen im öffentlichen Umfeld. Im Weiteren sei daran erinnert, dass auch bedeutende privatwirtschaftlich organisierte

Unternehmen ihr strategisches Führungsgremium durch jemanden leiten lassen, der von ausserhalb der Branche kommt.

10. Kann davon ausgegangen werden, dass es sich lediglich um eine Interims-Lösung handelt und nach dem 31.12.18 eine Person mit Branchenerfahrung eingesetzt wird?

Wie kommuniziert, wählte der Regierungsrat Benedikt Weibel als Verwaltungsratspräsidenten bis zum 31. Dezember 2018. Spätestens dann wird diese Aufgabe einer anderen geeigneten Person übertragen werden.

11. Erachtet der Regierungsrat die Ämterkumulation von Herrn Weibel nicht als problematisch? Wenn nein, warum nicht?

Das Arbeitspensum für das IWB-Verwaltungsratspräsidiums veranschlagt der Regierungsrat auf maximal 40 %. Das findet ohne Probleme neben den anderen Verpflichtungen von Benedikt Weibel Platz.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Elisabeth Ackermann
Präsidentin



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin